

„Bis zu 6000

Bio-Betriebe müssen

sich neu orientieren.“

Selbstverursachtes Bio-Chaos



Foto: Kraml

△ Leopold Th. Spanring,
top agrar Österreich

► Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht! Wie wahr dieser Spruch ist, erleben gerade die Bio-Bauern.

Da wurden über Jahre hinweg nationale Ausnahmen quasi erfunden, um Bio fast überall möglich zu machen. Und nun wird der lockere Umgang mit den Bio-Regeln zum Bumerang (siehe Seite 34 ff).

Worum geht es? Sind mit den Tieren gefährliche Straßen oder Gleisanlagen zu queren bzw. die Weiden über 200 m von der Hofstelle entfernt, sieht Österreich diese Flächen als nicht weidefähig an. Auf solchen Betrieben müssen Bio-Tiere also nicht auf die Weide. Was für seltene Einzelfälle gedacht war, wurde in den Augen der EU zur Regel. Es soll gar nicht wenige Milchviehbetriebe geben, auf denen die Bio-Tiere nie eine Weide sehen.

Nationalen Stellen ist das Weideproblem schon seit Jahren bekannt. Doch man tat nichts. 2017 reichte es der EU-Kommission und sie hielt vor Ort Nachschau. Auch andere Ausnahmen sahen die Prüfer im Zuge ihres Besuches nicht von der EU-Bio-Verordnung gedeckt. Nun sind sie so richtig sauer und verlangen ein Ende der Sonderregeln – und zwar schnell.

Die nun verlautbarten überfallsartigen Verschärfungen ab Jänner 2020 sind vor allem dem Versuch, weitere Brüsseler Geldkürzungen in letzter Minute abzuwenden, geschuldet. Ob dieses Kalkül aufgeht, bleibt abzuwarten.

Die Bauern haben, rechtlich gesehen, nichts Falsches gemacht und sich nur an das national vorgegebene Auslegungsregime gehalten. Geldrückforderungen bei den Bauern sind daher eher unwahrscheinlich. Doch die nun über Nacht vom

Zaun gebrochenen Änderungen belasten sie enorm. Hinzu kommt die Unsicherheit, wie Brüssel am Ende entscheiden wird. Offen ist etwa, ob vollüberdachte Ausläufe nicht rückgebaut werden müssen. Ebenso, wie viele der Höfe wegen der Weideproblematik überhaupt künftig noch Bio bleiben.

Bis zu 6000 Bio-Betriebe müssten sich nun neu orientieren, heißt es. Welche Änderungen wirklich kommen, wird erst die schriftliche Antwort aus Brüssel weisen.

Doch nur Politik und Verwaltung für das Chaos zu schelten, greift zu kurz. Die Bio- und Umweltverbände trugen schon ihr Scherflein bei. Deren ständigen Forderungen nach „mehr Bio“ hätte der Staat nicht nachgeben dürfen. Schon gar nicht durch Uminterpretierung oder gar Beugung der EU-Rechtsvorschriften. Biologischer Landbau ist halt immer noch eine freiwillige Angelegenheit. Dafür gibt es fixe Spielregeln. Das machte Österreich jetzt ein französischer EU-Beamter klar.

Falls es nun zu einer schwarz/türkis-grünen Regierung kommt, wird aber eh alles besser, oder? Dann kommt „alles Bio“, die Bauern dürfen endlich wieder Geld verdienen, die Auflagen werden leichter, die Kontrollen klarer und die GAP wird sicher auch einfacher werden.

Wohl kaum. Vielmehr dürfte bald die nächste Bombe platzen bzw. der nächste Krug brechen. So kritisiert Brüssel seit längerem die ungenügende Abgrenzung der Almen von den benachteiligten Gebieten. Da sind finanzielle Berichtigungen und Strafen – vielleicht sogar eher als bei den aktuellen Bio-Problemen – im zweistelligen Millionenbereich realistisch. Wer wird diesen Krug dann flicken?